

DAS GROSSE MISSTRAUEN

Handelsabkommen schaffen es selten in den öffentlichen Diskurs. Dafür sind sie zu kompliziert. Das ist beim TTIP anders. Der Plan, mit Europa und Nordamerika den größten Freihandelsraum zu schaffen, versetzt viele Menschen in Alarmstimmung. Warum? Vielleicht weil dem freien Markt zu viel geopfert wird.

Franz Kotteder

Frankensteins Monster stellt auch die ausgebufftesten Visagisten vor eine unlösbare Aufgabe. Da mag einer noch so geübt sein im Umgang mit Eyeliner und Rouge, Wimperntusche und Lippenstift - es wird einfach kein George Clooney draus.

Monster Sind sind so einige unterwegs in der Politik. Manche sehen nur so aus, manche sind wirklich welche, aber immer verbreiten sie Furcht und Schrecken: Eines der größten Monster in der gegenwärtigen deutschen Politik heißt TTIP. Ständig gibt es neue, verstörende Meldungen, gerade eben wurde bekannt, dass mit TTIP eine Art Nebenregierung ohne parlamentarische Kontrolle entstehen könnte. TTIP, die Abkürzung steht für „transatlantic trade and investment partnership“; zu Deutsch: „Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft“; Es steht für die geplante größte Freihandelszone der Welt zwischen der Europäischen Union und den USA, einen Wirtschaftsraum, der 820 Millionen Menschen umfasst und in dem schon heute die Hälfte des globalen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet wird.

Was ist so monströs daran? Handelsabkommen verursachten bisher kaum Aufregung, waren aber sehr nützlich. Es ging darum, Zölle abzubauen und technische Regelwerke anzugleichen. Nichts, was die breite Masse besonders interessierte oder ihr gar Angst machte.

Das ist bei TTIP anders.

Das Abkommen wird seit einem guten Jahr unter strengster Geheimhaltung zwischen den beiden Staatenblöcken ausgehandelt Da liegt der Gedanke nicht fern Hier hat jemand was zu verbergen. Bislang sind die beiden Verhandlungspartner (trotz einiger erzwungener Zugeständnisse) über ihr Treiben so auskunftsfreudig wie sonst vielleicht Freimaurer oder die Illuminaten. Gerade eben hat sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) darüber beschwert, dass in Deutschland nur 139 Regierungsbeamte Einblick in die Verhandlungsunterlagen bekommen, aber kein einziger Abgeordneter:

Im Sozialkunde-Unterricht sah demokratische Entscheidungsfindung noch ganz anders aus.

Was von TTIP bislang trotzdem an die Öffentlichkeit gelangt ist, zeigt, dass es um weit mehr geht als nur darum, Einfuhrzölle für französische Schuhe zu senken oder die Farbe von Autoblindern auf beiden Kontinenten zu vereinheitlichen. Das Drehbuch für die TTIP-Verhandlungen wurde verfasst von ein paar Beamten und einer Menge Industrielobbyisten. Andere Interessengruppen – Umwelt- und Sozialverbände, Gewerkschaften - wurden so gut wie gar nicht gefragt. In 525 von 597 Geheimsitzungen, so hat die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory herausgefunden, sprach man mit Vertretern von Großunternehmen. Und so sieht das Ergebnis auch aus: Das Verhandlungsmandat der EU, das als eines der wenigen Dokumente inzwischen veröffentlicht wurde, verherrlicht geradezu einen freien Markt, der keine Schranken mehr kennt. Es ist von einem marktradikalen Geist beseelt, der sagt: Das Heil für die Menschheit besteht darin, so viele Hindernisse für den Handel abzubauen wie nur möglich, dann wird automatisch alles gut.

In dieser Konsequenz würde das wahrscheinlich nicht einmal ein besonders hartleibiger Wirtschafts-Taliban unterschreiben. Freies Spiel der Kräfte, schön und gut: Aber wenn Kultursubventionen auf dem Spiel stehen oder Arbeitsschutzgesetze und Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit, dann möchten, bitte sehr, ein paar Grenzen schon gezogen werden.

Mehr als zwei Millionen haben sich mit ihrer Unterschrift dagegen ausgesprochen

Weil TTIP aber den Markt in fast allen Bereichen entfesseln soll, sehen viel mehr Menschen als sonst mögliche Gefahren. In ganz Europa haben mittlerweile weit mehr als zwei Millionen Bürger gegen TTIP unterschrieben, so viele wie noch nie zuvor zu einem politischen Thema. Kritiker finden sich in praktisch allen Parteien, und bei Kundgebungen protestiert ein breites ge-

sellschaftliches Bündnis. Man sieht da Benediktiner-Patres, die „für den Erhalt der Schöpfung“ auf die Straße gehen, stark gepiercte junge Menschen mit autonomem Hintergrund, die das gleiche Ziel haben, es aber etwas anders formulieren. Und man trifft Bauern in Traktor-Kolonnen, die die Nase voll haben von der Agrarindustrie: Und es kommt auf Demos nicht oft vor, dass die bunten Politpunks von der SDAJ, was für Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend steht, mit ihrer roten Fahre hinter dem Caritas-Ortsverband folgen. Der Widerstand geht tatsächlich weit hinein ins bürgerliche Lager.

Am Anfang stand das Chlorhuhn. Da deckten findige Aktivisten, dass es in Amerika üblich ist, Hühnerfleisch nach dem Schlachten durch ein Chlorbad zu ziehen, um schädliche Keime abzutöten. Eine Praxis, die in Europa seit 1997 verboten ist.

Chemie und Lebensmittel — die Kombination finden hierzulande viele Menschen ziemlich eklig. Deshalb steht das Chlorbad beispielhaft für die Unterschiede in der Risikobewertung zwischen den USA und Europa. Während man in Europa das Vorsorgeprinzip setzt, wird in den USA erst dann etwas verboten, wenn seine schädliche Wirkung eindeutig bewiesen ist. Deshalb sind in den Vereinigten Staaten seit 1979 auch nur fünf Chemikalien und Chemikaliengruppen verboten worden: Wer wie TTIP diese zwei Methoden der Risikobewertung auf einen gemeinsamen Nenner bringen will, könnte genauso gut versuchen, einen Bund fürs Leben zwischen Wolfgang Schäuble und Yanis Varoufakis zu stiften.

Keine Frage aber, welcher der beiden Ansätze den Handel eher einschränkt, welcher Ansatz also bedroht ist. Das macht auch viele konservativ denkende Menschen skeptisch.. Zum Beispiel Rosa-Maria Maurer, Bürgermeisterin der niederbayerischen Gemeinde Adlkofen, die wie zahlreiche andere deutsche Kommune eine Resolution gegen das Freihandelsabkommen beschlossen hat. Sie ist jetzt nach 26 Jahren aus der CSU ausgetreten und sagt: „ Mit TTIP werden unsere Standards den Interessen großer Konzerne geopfert.“

Dabei sind im Fall des Chlorhuhns die Standards noch gar nicht mal der entscheidende Punkt. Nicht nur, weil die verwendete Chlordosis gesundheitlich kaum bedenklich ist und die Amerikaner nach dem Verzehr von Hühnerfleisch ja keineswegs reihenweise aus den Pantoffeln kippen. Es geht vielmehr um eine Form der Lebensmittelerzeugung, die immer umwelt-, tier- und menschengeschädigender wird, je billiger und effizienter sie zu werden scheint.

Während sich viele Deutsche über das Chlorhuhn aufregen, nehmen sie ja merkwürdigerweise die herrschende Intensivtierhaltung relativ gelassen hin. Ziemlich normal ist zum Beispiel, dass Hühnchen zu Zigtausenden unter skandalösen Bedingungen auf engstem Raum zusammengepfercht werden und während ihres kurzen Lebens von meist nur 32 Tagen mehrmals mit Antibiotika behandelt werden, weil sie sonst gar nicht zur Schlachtreife kämen. Alle drei Tage müssen sie ihr Körpergewicht verdoppeln, sonst rentiert sich die Intensivtierhaltung bei den niedrigen Fleischpreisen nicht. Am einzelnen Hühnchen verdient der Mäster kaum fünf Cent.

Amerikanische Farmen sind im Durchschnitt 15 Mal so groß wie deutsche Bauernhöfe

Das ist heute die Realität für die allermeisten der 45 Millionen Hühnchen, die jährlich in Deutschland produziert und geschlachtet werden. In der Schweinemast sieht das nicht besser aus. Betriebe mit 3000 Ferkeln sind keine Seltenheit mehr, mindestens ein Viertel der Jungtiere erreicht die Schlachtreife gar nicht, sondern verendet vorher schon wegen der Haltungsbedingungen. Das gilt als normaler Schwund. Vor hundert Jahren wäre ein Bauer für unfähig erklärt und geächtet worden, wenn er regelmäßig ein Viertel seiner Herde verloren hätte. Man hatte ihm vielleicht sogar von Amts wegen die Tiere weggenommen. Heute ist das vollkommen anders: Da befähigt so etwas eher für einen Vorstandsposten im Bauernverband - schließlich versteht so ein Landwirt ja was von effizienter Fleischproduktion.

Diese Zustände würden sich nach der Logik von TTIP aber noch erheblich verschärfen. Landwirtschaft begreift man in den USA als Industriezweig. Amerikanische Farmen sind im Durchschnitt 15 Mal so groß wie deutsche Bauernhöfe. So kommt die Milch zum Großteil von riesigen Farmen, die bis zu 37 000 ehe im Stall haben. Ein deutscher Milchhof bringt es im Schnitt auf gerade einmal 50 Kühe.

Fallen die Handelsschranken, dann wird es fast nur noch Großbetriebe in Europa geben. Der Druck auf die bäuerlichen Familienbetriebe wird noch mehr wachsen. Und auch der auf die Gesetzgeber, doch endlich all jene technischen, biologischen und chemischen Möglichkeiten zu erlauben, die Europa dann wettbewerbsfähig machen sollen. Beim Verbot von Gentechnik, beim Verzicht auf Masthormone handelt es sich ja schlicht um jene „Handels-hemmnisse“, die man beseitigen will.

Die TTIP-Befürworter in der EU-Kommission und in der deutschen Bundesregierung sagen da, es gebe keinen Grund zur Sorge, die hohen europäischen Standards blieben bestehen: Im Verhandlungsmandat der EU steht davon - abgesehen von ein paar unverbindlichen Absichtserklärungen in der Präambel - nichts. Vielmehr ist im ganzen Text größtmögliche Liberalisierung das erklärte Ziel. Und selbst wenn sich an den Standards vorerst nichts änderte: Lange bliebe es dabei nicht: Schließlich könnten internationale Konzerne wie Monsanto oder Syngenta künftig gegen solche Einschränkungen klagen. Vor dem internationalen Investitionsschiedsgerichtshof, den der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mal eben schnell erfunden hat, um den Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. An schärfere Gesetze ist mit TTIP ohnehin nicht zu denken. Um die soll sich ja künftig ein Regulierungsrat kümmern, der sämtliche Gesetzesvorhaben prüfen wird, ob sie überhaupt zum Freihandel passen. Und zwar noch bevor sie in irgendein Parlament kommen.

Auch das erregt den Unmut vieler Bürger. „Der Primat der Politik wird völlig aufgegeben“, sagt dazu etwa der Attac-Aktivist Ulrich Mössner. Der 63-Jährige ist keineswegs ein frustrierter linker Altachtundsechziger. Er war einmal Projektleiter bei Siemens und Manager bei mehreren Energieversorgern und will „eine nachhaltige Marktwirtschaft. Mit TTIP geht das nicht, da zerschneidet man zum Beispiel regionale Wirtschaftskreisläufe zugunsten einer neoliberalen Freihandelsagenda.“

In der Tat: Regionalität ist für den Welthandel kein Ziel, man will ja gerade mehr Austausch zwischen den Kontinenten. Davon hat der kleine Milchbauer aus dem Schwarzwald nichts - seine Produktion in die Vereinigten Staaten zu liefern rentiert sich nicht. Umgekehrt lohnt es sich hingegen für amerikanische Großfarmen durchaus, Rind- oder Schweinefleisch nach Europa zu schicken, weil sie eben billig genug produzieren können, billiger als jeder Kleinbauer irgendwo in Europa.

Die neue Form des Freihandels wird also zwangsläufig auch unsere Ernährung verändern. Das Höfesterben wird weitergehen, weil die Kleinen dann, noch weniger konkurrenzfähig sind: Alle Welt redet zwar davon, wie wichtig regional erzeugte Lebensmittel sind, weil sie Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen nützen – aber mit dem Freihandelsabkommen wird genau diese Produktion bekämpft. Dann an ihr haben jene Konzerne von Nestlé und Danone über Bayer

und Pfizer, die besonders eifrig Lobbyarbeit zu TTIP betrieben haben, einfach kein Interesse. Im Gegenteil: Vielfalt an Lebensmitteln und Geschmäckern ist ja geradezu Gift für sie. Sie leben davon, Massenware in großem Stil herzustellen, die sich fast überall gleich gut verkaufen lässt.

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel könnte es mit TTIP also über kurz oder lang auch in europäischen Supermärkten geben, das steckt in der Logik des Systems. Und es wird auch kaum beim Vorsorgeprinzip in seiner jetzigen Form bleiben, was bedeutet: In Lebensmitteln wird es künftig noch mehr Zusatzstoffe geben und noch mehr Chemie, die da eigentlich nicht reingehört. Sei es, weil die schon auf dem Feld oder im Stall erlaubt worden sind oder bei der Weiterverarbeitung, in den Fabriken der Nahrungsmittelindustrie.

Jene, die gesündere Lebensmittel haben wollen, stehen auf verlorenen Posten
--

Jene, die gesündere Lebensmittel haben wollen, und das sind die Verbraucher auf beiden Seiten des Atlantiks, stehen da ziemlich auf verlorenem Posten. Sie dürfen froh sein, wenn sie mit TTIP noch eine kleine Nische behalten. Denn alles regelt ja der Markt. Die Kleinen müssen irgendwann den Großen weichen und Beschränkungen sind Handelshemmnisse. ..

Und deshalb ist das, was Beamte und Lobbyisten da gerade ausbrüten, für eine immer wachsende Anzahl von Menschen ein transatlantisches Horrorwesen mit unberechenbarem Eigenleben: Schon was Mund und Bauch angeht, sieht Frankensteins Monster zweifellos nicht besonders attraktiv aus. Es steht zu befürchten: Das liegt am ganzen Bauplan. Mit ein bisschen Schönheitschirurgie ist es da nicht mehr getan. Vielleicht wäre es auch ein ganz guter Ansatz, erst einmal herauszufinden, was die meisten der 820 Millionen Menschen in Europa und den USA wirklich brauchen und wollen?